



DER ANDERE BLICK

von Oliver Maksan, Berlin

Islamismus ist Integrationshindernis Nummer eins. Endlich handelt die deutsche Regierung

Deutschland blickt auf Jahre der verfehlten Islampolitik voller Illusionen und falscher Weichenstellungen zurück. Unter Innenminister Alexander Dobrindt ändert sich das nun.

24.11.2025, 05.30 Uhr ⌚ 3 min



Hören



Im April 2024 forderten muslimische Demonstranten in Hamburg die Errichtung eines Kalifats.

Axel Heimken / DPA

Sie lesen einen Auszug aus dem Newsletter «Der andere Blick am Morgen», heute von Oliver Maksan, Stellvertretender Chefredaktor der NZZ Deutschland. Abonnieren Sie den Newsletter kostenlos. Nicht in Deutschland wohnhaft? Hier profitieren.

Seit Jahren doktert der deutsche Staat am Islam herum, um die

Probleme in den Griff zu bekommen, die er durch seine Einwanderungspolitik selber geschaffen hat. Die Ergebnisse sind mässig, wenn nicht gar kontraproduktiv. In dem an sich nachvollziehbaren Bemühen, dem Staat einen Ansprechpartner auf muslimischer Seite zu schaffen, wurde 2006 die Deutsche Islamkonferenz ins Leben gerufen.

Sie gab freilich den häufig zweifelhaften, an Integration wenig interessierten Islamverbänden ein Gewicht, wie es ihnen qua Mitgliederzahl gar nicht zusteht. Auch kann man das Bemühen des Staates, einen deutschen Islam zu schaffen, grundsätzlich kritisch sehen. So erinnerte das Unterfangen von Anfang an stark an die Religionspolitik aufgeklärter absolutistischer Fürsten, die versuchten, auf Religionsgemeinschaften in ihrem Sinne Einfluss zu nehmen.

Der nächste Schritt der problematischen staatlichen Umarmungsstrategie ging ganz in dieser Logik von der Staatsspitze selbst aus. 2010 sagte Bundespräsident Christian Wulff, dass der Islam zu Deutschland gehöre. Indem er aber nicht von Muslimen, sondern vom Islam sprach, warf der Christlichdemokrat mehr Fragen auf, als er beantwortete.

Der Staat setzte die falschen Prioritäten

Welcher Islam war gemeint? Der der Hinterhofmoscheen und Parallelgesellschaften? Oder der Islam der Ditib-Moscheen, der als verlängerter Arm Erdogans dient? Oder doch der feinsinnig spirituelle von gläubigen Muslimen wie dem Schriftsteller Navid Kermani? So oder so: Der Fehler, dass der deutsche Staat die Antwort gab, die eigentlich die Muslime in Deutschland selbst geben mussten, war gemacht.

Nach 2015 verschärften sich die Probleme mit dem Islam dann schlagartig. Nicht nur nahm die Zahl der Muslime durch Asylmigration massiv zu. Auch ist der Islam Afghanistans oder Syriens erkennbar ein anderer als der der Türkei. Die Ampelregierung setzte die Politik der offenen Grenzen Angela Merkels dennoch nicht nur fort, sondern auch die falschen religionspolitischen Prioritäten.

Statt die immer offener zutage tretenden Integrationsprobleme zu benennen, richtete sie ihr Augenmerk auf die Bekämpfung von «antimuslimischem Rassismus». Existierende Islamfeindlichkeit muss der Staat ernst nehmen. Er sollte dabei freilich nicht das Opfernarrativ von Islamfunktionären übernehmen, die wissen, welche Tasten auf der woken Klaviatur sie drücken müssen, um den öffentlichen Diskurs in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Nach dem 7. Oktober 2023 musste dann selbst die Ampelregierung erkennen, dass viele Muslime und ihre Vertreter sich mit der Verurteilung des Hamas-Terrors gegen Israel nicht nur schwertaten, sondern ihn regelrecht feierten.

Legalistischer Islam als Integrationshindernis

Es ist deshalb zu begrüßen, dass die schwarz-rote Bundesregierung die Fehler der Vergangenheit korrigieren will. Zielsetzung und Mitglieder des in der vergangenen Woche vorgestellten neu aufgestellten Beratergremiums im Haus von Innenminister Alexander Dobrindt lassen hoffen. Auch die Ankündigung, im kommenden Jahr einen Bund-und-Länder-Aktionsplan gegen Islamismus zu erarbeiten, stimmt optimistisch. All dies zeigt, dass die Bundesregierung auf Betreiben von CDU und CSU endlich erkannt hat, welches Integrationshindernis der sogenannte legalistische Islam darstellt.

Über das Internet erreicht der politische Islam die Köpfe junger Muslime. Längst geht es nicht mehr nur um Parallelgesellschaften. Vielmehr etablieren sich Gegengesellschaften zum Staat des Grundgesetzes. Höchste Zeit also, zu handeln.

Der deutsche Staat behandelt zwar nach wie vor die Symptome von Problemen, die er durch seine fehlgeleitete Einwanderungs- und Islampolitik selbst geschaffen hat. Immerhin aber tut er das jetzt mit deutlich mehr Ernsthaftigkeit.



Passend zum Artikel



DER ANDERE BLICK

von Nathan Giwerzew, Berlin

Die Islamisten von «Muslim Interaktiv» sind mit Sicherheit nicht harmlos. Doch das allein rechtfertigt noch kein Verbot

05.11.2025 ⌚ 4 min



KOMMENTAR

von Lucien Scherrer

Wer den Schülern Gemälde mit nackten Frauen zeigt, riskiert sein Leben – Probleme mit Islamisten sind in Frankreich ausser Kontrolle. In der Schweiz sollte das eine Warnung sein

10.04.2024 ⌚ 7 min

